

Internationale Demokratie entwickeln

Für eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen

Kurzübersicht zum Strategiepapier des Komitees für eine demokratische UNO
Die vollständige Fassung ist erhältlich unter www.uno-komitee.de.

September 2004

1. Die Menschheit steht vor der Aufgabe, das Überleben und Wohlergehen kommender Generationen und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Erde zu sichern. Die krisenhaften Entwicklungen haben solche Ausmaße angenommen, dass sie nicht ohne ein Aufgreifen des Willens, der Ideen und der Initiativen der Bürger dieser Welt gelöst werden können.

2. Durch die Globalisierung und die damit einhergehenden Bemühungen um eine globale Politikgestaltung werden die Demokratiedefizite auf internationaler Ebene zunehmend sichtbar und verstärkt. Breitere Teile der Bevölkerungen fühlen sich in internationalen Institutionen und Verhandlungsprozessen durch ihre Regierung nicht ausreichend vertreten.

3. Die Einbeziehung der Bevölkerungen in das institutionelle Gefüge und die Entscheidungsmechanismen des internationalen Systems ist deshalb von wesentlicher Bedeutung. Sie müssen in die Tätigkeit der Vereinten Nationen und ihrer internationalen Organisationen besser und unmittelbarer eingebunden und an ihr beteiligt werden, um einer wachsenden Unzufriedenheit vorzubeugen, die Akzeptanz und Legitimität der Vereinten Nationen und der internationalen Zusammenarbeit zu sichern und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken.

4. Das Komitee für eine demokratische UNO sieht in der Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen (United Nations Parliamentary Assembly, UNPA) den entscheidenden Schritt, um eine neue Qualität, neue Impulse und stärkere Bür-

gerrepräsentation in das internationale System einzuführen.

5. Eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen wäre nicht einfach eine neue Institution. Als Stimme der Bürger mit einer globalen Sichtweise im internationalen Allgemeininteresse wäre sie Ausdruck und Vehikel eines Verständnis- und Bewusstseinswandels in der internationaler Politik.

6. In der *ersten Stufe* zielt die Strategie darauf ab, dass die UNPA der UN-Generalversammlung als Nebenorgan oder Sonderorganisation mit beratender Funktion angegliedert wird. Dies bedeutet, dass die Versammlung in der Lage wäre, empfehlende Resolutionen ohne Rechtsbindung zu verfassen, zu verabschieden und der Generalversammlung offiziell zur Information und weiteren Beratung zu unterbreiten.

7. Wichtige internationale Politik- und Entscheidungsbereiche sind in den Sonderorganisationen und –programmen des UN-Systems sowie in den Bretton-Woods-Institutionen und der WTO selbst zu lokalisieren. Aus dieser Tatsache heraus sind Vorschläge entstanden, diese Institutionen direkt mit einer parlamentarischen Dimension bzw. mit Parlamentarischen Versammlungen (PV) auszustatten. Dies würde die Leistungsfähigkeit der Parlamente deutlich überfordern.

8. Die UNPA ist deshalb als parlamentarisches Dach und als parlamentarischer Kristallisationspunkt internationaler Zusammenarbeit zu verstehen und zu konzipieren. Ihr Einflussbereich wäre entsprechend nach und nach durch

eine Angliederung an die Institutionen des UN-Systems und der Wirtschafts- und Finanzorganisationen auszuweiten. Die UNPA könnte so auch die Fragmentierung der internationalen Bemühungen im UN-System überwinden helfen. Im Rahmen einer umfassenden UN-Reform könnte der UNPA letztlich der Status eines UN-Hauptorgans zugewiesen werden.

9. Die Fachausschüsse der UNPA sollten regelmäßig unter Einbeziehung nationaler Parlamentarier tagen, die zwar der UNPA selbst nicht angehören, jedoch in ihrem nationalen Parlament als Experte dem korrespondierenden Ausschuss angehören. Delegationen der UNPA sollten direkt zu den Beratungen internationaler Regierungskonferenzen zugelassen werden.

10. Als zusätzliche Schnittstelle zur Zivilgesellschaft könnten die Ausschüsse Informationen, Empfehlungen und Expertise aus dem nicht-staatlichen Sektor durch Anhörungen und andere Formen der Zusammenarbeit direkt in ihre Beratungen einfließen lassen.

11. Nach dem Beispiel des Europäischen Parlaments sollte die UNPA *in weiteren Entwicklungsschritten* nach und nach mit umfassenden Informations-, Beteiligungs- und Kontrollrechten im UN-System ausgestattet werden.

12. Als neue Institution könnte eine UNPA durch einen Beschluss der UN-Generalversammlung nach Art. 22 der UN-Charta etabliert werden. Alternativ dazu ist denkbar, die Interparlamentarische Union - soweit sie dazu bereit ist und die Voraussetzungen erfüllt – zu einer UNPA umzugestalten. In Frage kommt hier erneut ein Beschluss nach Art. 22 oder ein entsprechendes Kooperationsabkommen über die gegenseitigen Beziehungen mit den Vereinten Nationen in Form eines Nebenorgans bzw. einer Sonderorganisation.

13. Die Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen sollte allen Mitgliedsländern der Vereinten Nationen offen stehen, die über ein verfassungsrechtlich verankertes

Parlament verfügen. Der mit einer Beteiligung undemokratischer Länder verbundene Nachteil könnte durch Vorteile auf anderen Gebieten aufgewogen werden. Indem die Versammlung „Pseudo-Parlamentarier“ in ihre Mitte aufnimmt, könnte sie einen demokratischen Einfluss auf sie ausüben und auf diesem Weg eine Kraft für das Vorrücken der Demokratie in undemokratischen Ländern werden.

14. Die Mehrheit der beteiligten Staaten würden demnach demokratisch sein. Von den 192 Staaten der Welt klassifiziert Freedom House in einer Untersuchung aus dem Jahr 2003 117 als Demokratien.

15. Das Komitee für eine demokratische UNO empfiehlt, dass die Delegierten der Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen im ersten Entwicklungsschritt einheitlich aus der Mitte der Parlamente der beteiligten Länder gewählt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt ist es beteiligten Staaten zu ermöglichen, auch Direktwahlen durchzuführen.

16. Die Bestimmung der Anzahl von Delegierten je Land in der UNPA sollte den politischen Verhandlungen der Regierungen während des Vorbereitungsprozesses überlassen bleiben. Grundlage der Verhandlungen sollte die Festlegung auf eine an der Bevölkerungszahl orientierte, abgestufte Staffelung bilden, wie sie, dem Prinzip nach, den bestehenden parlamentarischen Versammlungen entspricht. Nach dem Muster z.B. des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats oder der Interparlamentarischen Union (IPU) sind den Kleinstaaten weniger, den Großstaaten mehr Mitglieder zuzuteilen.

17. Vor dem Eintritt in die Verhandlungen über die konkrete Aufteilung empfiehlt es sich, eine Obergrenze für die Gesamtzahl der Abgeordneten zu definieren. Die maximal mögliche Gesamtzahl dürfte zwischen 700 und 900 Mitgliedern liegen.

18. Der tatsächliche Finanzierungsbedarf für die erste Stufe kann erst beziffert werden,

wenn die Konzeption der UNPA fest umrissen ist: Zusammensetzung, Wahlverfahren, teilnehmende Staaten und Rechtsgrundlage. Eine erste grobe Schätzung auf Grundlage der Empfehlungen des Komitees für eine demokratische UNO liegt bei 100 bis 120 Mio. Euro jährlich. Diese Zahl geht davon aus, dass sich an der UNPA alle UN-Mitgliedsländer mit einem verfassungsgemäß gewählten Parlament beteiligen.

19. Sich mit Möglichkeiten und Konzepten für eine Reform der Vereinten Nationen und des UN-Systems zu befassen, sollte eine der thematischen Hauptaufgaben der Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen sein. Als einzigartiges, institutionalisiertes Scharnier zwischen nationalen Parlamenten, der Zivilgesellschaft, den Vereinten Nationen und den Regierungen könnte sich die UNPA zu einem politischen Katalysator für eine Weiterentwicklung des internationalen Systems und des Völkerrechts entwickeln.

20. Zahlreiche Gremien und Konferenzen haben sich mit dem UNPA-Konzept und der Frage einer „parlamentarischen Dimension“ auf internationaler Ebene bereits befasst. 1992 legte ein Bericht der Liberalen Internationale nahe, dass langfristig die Einrichtung eines direkt gewählten Nebenorgans der Generalversammlung erwägt werden solle. Im Frühjahr 1993 wurde die Einrichtung einer UNPA vom Auswärtigen Ausschuss des kanadischen Parlaments unterstützt.

21. Das Europäische Parlament konkretisierte den Begriff „parlamentarische Dimension“ 1999 als „parlamentarische Gremien, die sich aus den Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse der nationalen und regionalen Parlamente [...] zusammensetzen“. Der Bundestag forderte die Bundesregierung 1999 auf, „dazu beizutragen, die IPU zur parlamentarischen Dimension der Vereinten Nationen zu machen“. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats subsumierte unter „parlamentarischer Dimension“ in einer Resolution von 2000 ein Gremium der Vereinten Nationen „mit Kompetenzen ähnlich derer, über welche

die Parlamentarische Versammlung des Europarats verfügt“.

22. Im Jahr 2000 wurde das UNPA-Konzept vom Millennium-Forum der Zivilgesellschaft aufgegriffen und die Prüfung ihrer Einrichtung empfohlen. Der XXII. Kongress der Sozialistischen Internationale hat sich im Oktober 2003 ausdrücklich für eine UNPA ausgesprochen. Erstmals seit zehn Jahren hat das Europäische Parlament den UNPA-Ansatz in einer Resolution von Anfang 2004 wieder explizit aufgegriffen. Die von der International Labour Organization (ILO) mandatierte World Commission on the Social Dimension of Globalization fordert in ihrem Bericht vom Februar 2004 eine Erweiterung der Rechenschaftspflicht globaler Politiken und Massnahmen gegenüber „parlamentarischen Gruppierungen“ auf internationaler Ebene.

23. Nicht zuletzt knüpft der Vorschlag, eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen einzurichten, nahtlos an die Vorschläge des Panel of Eminent Persons on United Nations-Civil Society Relations vom Juni 2004 an. Dies bietet eine gute Ausgangslage, um weitere und vertiefte Unterstützung für eine UNPA zu mobilisieren und das Konzept in den Reformprozess bei den Vereinten Nationen einzubringen.

Kontakt und weitere Informationen:

Komitee für eine demokratische UNO
Forsthausweg 1, D-64569 Nauheim
Telefon +49-(0)6131-627 8376,
Telefax +49-(0)941-599 200 539
Email info (at) uno-komitee.de,
Internet www.uno-komitee.de